

Landesverband Bremen

Neue Landesgeschäftsführerin

Der Landesverband Bremen hat eine neue Landesgeschäftsführung: Seit dem 1. April ist **Monika Zimmermann** auf einstimmigen Vorschlag des Geschäftsführenden Landesvorstandes und einstimmigen Beschluss des Gesamt-Landesvorstandes als Geschäftsführerin tätig.

Monika Zimmermann tritt als Landesgeschäftsführerin die Nachfolge von Lars Müller an. Bis die Bestellung durch den Bundesvorstand erfolgt ist, agiert sie noch als Interims-Geschäftsführerin.

Monika Zimmermann ist ein echtes SoVD-Urgestein: Seit dem 1. September 1972 ist sie beim Sozialverband, der damals noch Reichsbund hieß, beschäftigt.

Nach sieben Jahren in der Kreisgeschäftsstelle Bremen wurde sie vom damaligen Landesgeschäftsführer in die Organisationsabteilung der Landes-

geschäftsstelle geholt.

Neben der Tätigkeit für die Landesgeschäftsführung und den Landesvorstand ist sie Ansprechpartnerin für die ehrenamtlichen Mitarbeiter, zuständig für die Organisation und Verwaltung der Warmwassergymnastik sowie für die Veranstaltungen und Angebote des Landesverbandes. Darüber hinaus gehörte sie bis zum 31. März auch dem Betriebsrat an. Kurzum: Sie war und ist gewissermaßen „Mädchen für alles“.

„Das Angebot, die Landesgeschäftsführung zu übernehmen, sehe ich als weitere Her-

ausforderung an, der ich mich gerne stelle. Ich lege großen Wert auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Organisationsgliederungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denn nur gemeinsam kann man etwas erreichen“, sagt die neue Geschäftsführerin.

Auch der Landesvorsitzende Gerd Meyer-Rockstedt freut sich über die Personalie: „Der Landesvorstand hat hier eine weise Entscheidung getroffen. Monika Zimmermann weiß wie keine andere, wie der Verband tickt.“



V. li.: Kreisschatzmeister Rolf Kühling, Ilse Junge, 1. Kreisvorsitzende, und Ilse Hoffmann, Beisitzerin im Kreisvorstand.

Kreisverband Bremen

Tag der Arbeit

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa – die Forderungen des DGB unterstützte der SoVD mit Aktionen am 1. Mai, dem Tag der Arbeit. Der Kreisverband Bremen war mit einem Infostand vertreten.

Auch der Kreisverband Bremen rief über die Ortsverbände alle SoVD-Mitglieder auf, die DGB-Aktivitäten zum Maifeiertag zu unterstützen. So sammelten sich an der Ecke Osterdeich/Sielwall die Mitglieder zur alljährlichen Demonstration. Auf dem Domshof hatte der Kreisverband Bremen sein Zelt aufgebaut und war mit einem Infostand vertreten. Das gute Wetter sorgte für viele Besucher am SoVD-Stand. All den ehrenamtlichen Mitarbeitern, die bei der Organisation und dem Aufbau des Zeltes mit dem Infostand behilflich waren, gilt der Dank des Kreisvorstandes Bremen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Gröpelingen

Am 4. Mai fand die Jahreshauptversammlung im „Torhaus Nord“ statt. Als Gast nahm Ilse Junge, die 1. Vorsitzende des Kreisverbandes Bremen, teil.

Der 1. Vorsitzende Karl Heinz Otzen zog eine insgesamt positive Bilanz für das abgelaufene Jahr. Das Stadtteilstadt im Juli 2012 war ein voller Erfolg, die Mitgliederzahl ist gestiegen. Zahlreiche Mitglieder wurden für ihre Treue geehrt, z.B. Bernhard Becker für 25 Jahre, Ursula Schön für 40 Jahre und Hans Heinrich Rullhusen für 55 Jahre Mitgliedschaft. Renate Kiekhöfel wurde zur neuen Frauensprecherin gewählt.

Ilse Junge bedankte sich in ihrem Schlusswort beim Vorstand für die geleistete Arbeit und wies auf einige Höhepunkte des Jahres 2013 hin.

Ortsverband Wulsdorf

Am 5. Mai fuhren die Teilnehmer nach Altenwalde zum Schollenessen, wo der Plattfisch als Filet oder im Ganzen auf den Teller kam. Gestärkt ging es weiter in die schöne Wingst. Dort wurde die berühmte Kamelienzucht von Peter Fischer bestaunt. Im Anschluss gab es für die Reisegruppe im Restaurant „Zur Linde“ ein tolles Tortenbuffet. Nach dem Kaffeetrinken traten die Teilnehmer gesättigt und zufrieden die Heimreise an.



Erst Scholle, dann Torte: Der Ortsverband Wulstorf schlemmte auf seinem Maiausflug.

Ortsverband Osterholz

Der Ortsverband Osterholz nahm wieder an der Gewerbeschau Osterholz teil, die vom 4. bis 5. Mai im Weserpark stattfand. Wie jedes Jahr stieß der SoVD-Infostand auch

diesmal wieder auf reges Interesse der Messebesucher, und es ergaben sich viele interessante Gespräche. Für die ehrenamtliche Mitarbeit bedankte sich der Vorstand bei allen Helfern und Helferinnen.



Von links: Margret Knieriem, Werner Lehmkuhl, Angelika Kühling und Edeltraut Lehmkuhl vom Ortsverband Osterholz.

Rundfunkgebühren

Seit dem 1. Januar 2013 ist das neue Rundfunkbeitragsrecht in Kraft. Der SoVD-Landesverband Bremen fordert, im Sinne der sozialen Ausgewogenheit, einige Änderungen. Der 1. Landesvorsitzende Gerd Meyer-Rockstedt hat Bürgermeister Jens Böhrnsen angeschrieben und ihn ersucht, sich für eine zeitnahe Änderung für folgende Personenkreise einzusetzen:

1. Die Rundfunkbefreiung für **Menschen mit Behinderung** ist ein Nachteilsausgleich, der wiederhergestellt werden muss. Da behinderte Menschen aufgrund ihrer Einschränkung nicht an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen können, muss aus Sicht des SoVD der Rundfunkbeitrag entfallen.

2. Der SoVD begrüßt ausdrücklich die Verständigung der Intendantinnen und Intendanten von ARD, ZDF und Deutschlandradio, **Pflegeheimbewohner** vom Rundfunkbeitrag zu befreien, jedoch muss diese einstweilige Lösung im Rahmen der Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages auch auf gesetzlicher Ebene festgeschrieben werden, da sie den aktuell bestehenden Regelungen im Staatsvertrag nicht entspricht.

3. Der SoVD hält die Befreiungsmöglichkeiten für **Bezieher kleiner Einkommen** für unzureichend. Wessen Einkommen geringfügig oberhalb der Bedarfsgrenze liegt, der bleibt beitragspflichtig. Sie können sich nicht mehr wie bisher aus finanziellen Gründen gegen eine Rundfunknutzung entscheiden können. Die Regelung, dass sich Rentner und Geringverdiener auf Antrag von der Gebühr befreien lassen, wenn sie lediglich über den eineinhalbfachen Sozialhilfesatz zum Leben verfügen, sollte wieder aufgegriffen werden.

Landesvorsitzender Gerd Meyer-Rockstedt: „Im Zusammenhang mit der Diskussion über Inklusion sollte die Politik beachten, dass der Zugang zu Medien ein unverzichtbarer Bestandteil von Teilhabe ist.“